

Newsletter aus Brüssel

22.1.2015, Ausgabe 1

IG Metall Verbindungsbüro



Inhalt

- Europäisches Parlament fordert Zukunftsperspektiven für die Stahlbranche in Europa
- Programm der EU-Kommission enttäuscht
- Europäischer Fonds soll Wirtschaft ankurbeln
- Sparpolitik verhindert Wachstum in Europa
- Halbzeitbilanz von Europa 2020
- Stoiber soll bei EU Bürokratie-Abbau helfen - Gewerkschaften sind skeptisch
- Industrie braucht gute Infrastruktur und eine klare Investitionsstrategie
- Ausblick: IG Metall Veranstaltung zu CO2-Regulierung bei PKW

Europäisches Parlament fordert Zukunftsperspektiven für die Stahlbranche in Europa

Die Abgeordneten des europäischen Parlaments haben über die Lage der Stahlindustrie in Europa diskutiert. Zukunftsperspektiven für die Branche und sichere Arbeitsplätze standen dabei im Mittelpunkt.

Die Sorge um mehrere Millionen Arbeitsplätze eint dabei Abgeordnete aus allen politischen Fraktionen. Sie fordern die Kommission auf, die europäische Stahlindustrie stärker als bislang zu unterstützen. Diese ist zunehmend durch die Billigkonkurrenz aus China bedroht. Chinesische Produkte sind billiger, weil die grundlegenden Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer missachtet werden. Die deutschen Edelstahlwerke in Krefeld und Bochum sind der Billigkonkurrenz aus Fernost bereits zum Opfer gefallen. IG Metall-Vorstandsmitglied Wolfgang Lemb: "Wenn ernsthaft über die Reindustrialisierung Europas geredet werden soll, braucht es auch eine klare Zukunftsperspektive für die Europäische Stahlindustrie. Die Kommission muss jetzt schnell den Worten auch Taten folgen lassen und konkrete Pläne zur Sicherung der Arbeitsplätze in der Stahlindustrie vorlegen."

- **Entschließung des Europäischen Parlaments zur Lage der Stahlindustrie in der EU**

Programm der EU-Kommission enttäuscht

Unterm Strich ist das Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für 2015 enttäuschend. Aus Sicht der IG Metall wird zu wenig für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer getan.

Die Europäische Kommission hat sich viel vorgenommen. Sie will einen Investitionsplan aufstellen, den digitalen Binnenmarkt stärken, eine Energieunion bilden, gegen Steuerflucht vorgehen, die Unternehmenssteuern reformieren, den Bürokratieabbau vorantreiben. Auch soll ein verpflichtendes Lobbyregister eingeführt werden. Vieles davon ist in unserem Sinne. Wenn es richtig angepackt wird. Aber daran muss gezweifelt werden. Im Arbeitsprogramm sind bislang keine konkreten Maßnahmen vorgesehen, um die Arbeitnehmerrechte in Europa zu stärken. Die IG Metall fordert zusammen mit dem Europäischen Gewerkschaftsbund konkrete Vorschläge zum Schutz von Beschäftigten und Konsumenten. Die von der Kommission angekündigte Überarbeitung der Entsenderichtlinie ist zumindest ein Schritt in die richtige Richtung.

Die Sozialdemokraten im EU-Parlament bewerten außerdem kritisch, dass die Kommission kein Programm für die gesamte Amtszeit vorgelegt hat. Es sollen stattdessen jährliche Arbeitsprogramme veröffentlicht werden. Die Frage ist, ob so die Ankündigungen der einzelnen Programme tatsächlich umgesetzt werden. Allein die Europäische Volkspartei im EU-Parlament unterstützt (mit Ausnahme des Vorsitzenden des Umweltausschusses) das Arbeitsprogramm geschlossen.

- Arbeitsprogramm der EU-Kommission für 2015
-

Europäischer Fonds soll Wirtschaft ankurbeln

Die EU-Kommission hat ihren bereits lange angekündigten Investitionsplan vorgestellt (sog. Juncker-Plan). Er soll helfen, die Arbeitslosigkeit in Europa zu bekämpfen und das Wachstum der EU zu fördern.

Das Herzstück des EU-Investitionsplans ist die Schaffung eines auf drei Jahre angelegten "Europäischen Fonds für strategische Investitionen" (EFSI). In diesen Fonds sollen EU-Mittel in Höhe von 21 Milliarden Euro fließen. 5 Milliarden werden durch die Europäische Investitionsbank zur Verfügung gestellt. Weitere 16 Milliarden Euro kommen in Form von Garantien der EU dazu, die aus den bereits bestehenden EU-Programmen "Connecting Europe" und "Horizont 2020", sowie aus bislang nicht ausgeschöpften Haushaltsressourcen finanziert werden sollen. Eine Aufstockung der Mittel durch einzelne EU-Mitgliedstaaten und nationale Förderbanken ist jederzeit möglich.

Dass zu wenig in Europa investiert wird liegt nicht daran, dass zu wenig Kapital zur Verfügung steht, so die Annahme der EU-Kommission. Der Grund sei ein Mangel an Vertrauen von Seiten der Investoren. Daher werde die Garantie, dass Anfangsverluste im Zuge von Investitionen aufgefangen werden, die Investitionsbereitschaft erhöhen.

Die Mittel des EFSI sollen in erster Linie verwendet werden für den Breitbandausbau, für Energienetze, die Verkehrsinfrastruktur, erneuerbare Energien, Bildung und Ausbildung, sowie für kleine und mittlere Unternehmen. Vor allem wachstumsschwache Regionen in Europa sollen von den Fördermitteln profitieren.

Auf der Tagung des Europäischen Rates am 18. und 19. Dezember 2014 begrüßten die

Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten die Einrichtung eines EFSI. Auch der europäische Gewerkschaftsdachverband industriAll betrachtet den Plan als einen wichtigen Schritt auf dem Weg zu mehr Investitionen. Allerdings bemängelt industriAll, dass zu wenig "frisches Geld" fließt. Die Annahme einer Hebelwirkung der Garantien ist zu optimistisch. Stattdessen müssen die Binnennachfrage und private Investitionen in die Realwirtschaft gefördert werden. Außerdem sind gezielte Aktionspläne für eine Re-Industrialisierung Europas notwendig. Auch die IG Metall fordert mehr Unterstützung der europäischen Industrie, um Arbeitsplätze und die Zukunft der Beschäftigten zu sichern. Zusammen mit industriAll setzen wir uns dafür ein, dass die industrielle Infrastruktur energie- und ressourceneffizienter gemacht wird und die Produktionssysteme modernisiert werden. Außerdem fordern wir einen Kurswechsel der EU-Kommission für nachhaltiges Wachstum und gute Arbeit in Europa.

- [Investitionsplan der EU-Kommission](#)
 - [EGB-Konzeptpapier für Investment, nachhaltiges Wachstum und gute Arbeit](#)
-

Sparpolitik verhindert Wachstum in Europa

"Die Staats- und Regierungschefs setzen nach wie vor auf einen harten Sparkurs. Das soll vor allem Ländern wie Spanien, Italien und Portugal zu mehr wirtschaftlichem Wachstum verhelfen. Doch dieser Plan wird nicht aufgehen. Die Austeritätspolitik der letzten Jahre hat Wachstum verhindert und die Lage vieler südeuropäischen Länder weiter verschärft. Ein 'Weiter so' dürfe es deshalb nicht geben," mahnt IG Metall-Vorstandsmitglied Wolfgang Lemb.

Der Jahreswachstumsbericht 2015 der EU-Kommission liegt nun vor. Darin formuliert die Kommission ihren Kurs für die Wirtschafts- und Budgetpolitik der EU und setzt den Auftakt für das neue Europäische Semester.

Der nächste Schritt im Europäischen Semester ist die Erarbeitung der länderspezifischen Empfehlungen für jeden EU-Mitgliedstaat. Anfang Juli werden diese dann vom Europäischen Rat veröffentlicht und schließlich den jeweiligen nationalen Parlamenten zur Beratung und Zustimmung übergeben.

Für die IG Metall entlarvt der aktuelle Jahreswachstumsbericht der EU-Kommission das Scheitern der europaweiten Sparpolitik. Defizitabbau und Lohnkürzungen vor allem in südeuropäischen Ländern haben zu einer dramatischen Verringerung der Binnennachfrage in diesen Ländern geführt. Dies wirkt sich direkt negativ aus auf den Export von Nachbarländern wie Frankreich. Die strukturellen Reformen im vorgelegten Jahreswachstumsbericht führen die Linie der massiven Spar- und Stabilisierungspolitik fort. Sie weichen bestehende Arbeitnehmerrechte und Schutzmaßnahmen für Beschäftigte auf und sind dramatische Eingriffe in die Praxis von Tarifverhandlungen und Kollektivverträgen.

Die IG Metall fordert daher ein Ende der Sparpolitik und der Eingriffe in Tarifverhandlungssysteme und Kollektivvereinbarungen, sowie eine Beteiligung der Sozialpartner im Programm des Europäischen Semesters.

- [Jahreswachstumsbericht 2015 der EU-Kommission](#)
-

Halbzeitbilanz von Europa 2020

Für Europa 2020, die auf zehn Jahre angelegte Wachstums- und Beschäftigungsstrategie der EU, ist im nächsten Jahr Halbzeit. Ziel des Programms ist ein intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum mit einer verbesserten Koordinierung der nationalen und europäischen Wirtschaft.

Die Strategie Europa 2020 orientiert sich an fünf Kernzielen aus den Bereichen Beschäftigung, Forschung und Entwicklung, Klima und Energie, Bildung, sowie Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung. Diese grundsätzliche Ausrichtung wird von den Gewerkschaften begrüßt. Allerdings fällt die bisherige Bilanz der Strategie sehr gemischt aus. Die EU droht wichtige selbstgesetzte Ziele zu verfehlen. Das hat die Kommission nun eingeräumt. Vor allem in den Bereichen Beschäftigung und Armutsbekämpfung wurden die Ziele bislang nicht erreicht.

Die IG Metall fordert zusammen mit den anderen Gewerkschaften des Deutschen Gewerkschaftsbundes nicht nur Korrekturen hinsichtlich der Ziele und der Instrumente von Europa 2020, sondern einen grundlegenden Kurswechsel in der EU-Wirtschafts- und Haushaltspolitik. Die Zielsetzungen von Europa 2020 dürfen den haushalts- und wirtschaftspolitischen Zielen nicht mehr wie bisher nachstehen. Nur eine Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen kann langfristig Vertrauen der Menschen in die EU-Politik schaffen. Um die Ziele von Europa 2020 zu erreichen, muss sich die EU auf mehr Wachstum und Arbeitsplätze, die Stärkung der Nachfrage, auf eine gerechtere Verteilungspolitik und die Bekämpfung von Armut konzentrieren.

Stoiber soll bei EU Bürokratie-Abbau helfen - Gewerkschaften sind skeptisch

Der ehemalige bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber ist von EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker zum ehrenamtlichen Sonderbeauftragten für bessere Rechtsetzung ernannt worden. Er soll sich in der neuen EU-Kommission um den Bürokratie-Abbau kümmern.

Stoiber hat bereits in den vergangenen Jahren als Vorsitzender der sogenannten Stoiber-Gruppe die Kommission beraten. Nun soll er eng mit Frans Timmermans, dem 1. Vizepräsidenten der EU-Kommission, zusammenarbeiten und sich insbesondere um den Abbau von Bürokratie- und Verwaltungslasten für kleine und mittlere Unternehmen kümmern.

Die Initiative der EU-Kommission zur Verringerung von Bürokratie und Verwaltungsaufwand heißt "REFIT - Fit für Wachstum". Sie soll laut Kommission das EU-Recht vereinfachen und helfen, Kosten für unnötigen Verwaltungsaufwand zu sparen. Konkret bedeutet dies, dass sich die EU-Kommission in Zusammenarbeit mit Edmund Stoiber und anderen ernannten Experten genau anschauen will, welche EU-Rechtssetzungen vereinfacht und welche Vorschläge zurückgenommen werden könnten. Der Europäische Gewerkschaftsbund und die Hans-Böckler-Stiftung wittern Etikettenschwindel. Sie warnen davor, dass die REFIT-Initiative unter dem Deckmantel des Bürokratieabbaus wichtige Arbeitnehmerrechte aushebeln könnte. Besonders betroffen sind Bestimmungen zum Arbeitsschutz, zur Leiharbeit und die Mitbestimmung

von Beschäftigten in kleinen und mittleren Unternehmen. Die IG Metall hat dazu ihre Expertise in der letzten Sitzung der Exekutive des EGB eingebracht. Der Europäische Gewerkschaftsbund ruft daher in einer Resolution zum Widerstand gegen REFIT auf und betrachten die Ernennung Stoibers zum Sonderbeauftragten skeptisch. Die europäischen Gewerkschaften befürchten insbesondere Einschränkungen beim Gesundheits- und Sicherheitsschutz für Arbeitnehmer.

- EGB-Resolution gegen REFIT

Industrie braucht gute Infrastruktur und eine klare Investitionsstrategie

Investitionen in die industrielle Infrastruktur sind für den Erhalt von Industrie und Arbeitsplätzen unabdingbar. Nicht nur in Deutschland, sondern europaweit.

Die IG Metall veranstaltete zusammen mit dem Europaabgeordneten Bernd Lange (S&D Fraktion) am 3. Dezember ein "Industriepolitisches Frühstück". Betriebsräte deutscher Unternehmen und Europaabgeordnete diskutierten über den Investitionsbedarf in Deutschland und Europa und den aktuellen Investitionsplan der EU-Kommission. Kathrin Hammerschmidt, Betriebsrätin beim Schienenfahrzeughersteller Bombardier, beklagte bei ihren Ausführungen den Zustand der deutschen und europäischen Schienennetze. Weitere Investitionen wären dringend nötig. Sie befürchtet, dass sich Bombardier aus Deutschland zurückzieht und viele Arbeitsplätze in Gefahr sind, wenn die momentane Situation nicht entscheidend verbessert wird. Sabine Leisten, Betriebsrätin beim Hersteller von Walzenständern und Maschinen SMS Siemag, berichtete ebenfalls von zunehmenden Transportproblemen auf deutschen Verkehrswegen. Der Transport schwerer Maschinen von Siegen zum Hamburger Hafen war vor fünf Jahren noch an einem Tag möglich, sagt sie. Heutzutage müssen die Transportrouten häufig geändert und Umwege in Kauf genommen werden, weil viele Brücken und Straßen zu marode sind. So dauert ein Transport zum Hamburger Hafen inzwischen häufig länger als eine Woche. Diese massiven Verzögerungen führen zu einem erheblichen Standortnachteil im internationalen Wettbewerb, mahnt Sabine Leisten.

Wolfgang Lemb, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, sprach sich für zielgerichtete Investitionen in die europäische Infrastruktur aus: "Industrie und Beschäftigung muss erhalten bleiben. Daher muss dort investiert werden, wo die größten beschäftigungspolitischen Wirkungen erzielt werden können."

Ausblick: IG Metall Veranstaltung zu CO2-Regulierung bei PKW

Die IG Metall veranstaltet in Brüssel am 27. Januar 2015 eine Konferenz zu den Anforderungen an eine CO2-Regulierung in der Automobilindustrie.

Die EU-Kommission reguliert seit 1999 die Grenzwerte der CO₂-Emissionen für Pkw. Erst im letzten Jahr wurde die Regelung festgeschrieben, die ab 2020 in Kraft tritt und 95 Gramm CO₂ pro Kilometer im Flottendurchschnitt vorsieht. Das europäische CO₂-Ziel ist damit das weltweit ambitionierteste. Auf der Agenda der Kommission steht die Neufestlegung dieser Ziele für die Zeit nach 2020. Diese Neufestlegung wird erhebliche Auswirkungen auf die Automobilindustrie und ihre Beschäftigten haben.

Die IG Metall hat ihre Anforderungen an eine europäische Regulierung in einem Positionspapier formuliert. Diese Anforderungen wollen wir am Dienstag, 27. Januar 2015, in Brüssel mit Vertretern des Parlaments, der Kommission, der Bundesregierung und weiteren Entscheidern diskutieren.

Detlef Wetzel, Erster Vorsitzender der IG Metall, wird in das Thema "CO₂- Reduzierung - sichere Arbeitsplätze - mehr Beteiligung" einführen. Jörg Hofmann, Zweiter Vorsitzender der IG Metall, wird sich zu den Anforderungen der IG Metall an eine europäische CO₂-Regulierung bei Pkw äußern. Wolfgang Lemb, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, fasst die Ergebnisse zusammen und gibt einen Ausblick auf die Zukunft. Weitere Gäste sind Miguel Arias Cañete, EU-Kommissar für Klimapolitik und Energie, und Matthias Machnig, Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie.

Herausgeber: IG Metall Vorstand

V.i.S.d.P.: Wolfgang Lemb

Verbindungsbüro Brüssel *EU Liaison Office*

International Trade Union House, Boulevard du Roi Albert II, 5, B-1210 Brussels

Tel: +32 2 218 33-20 E-Mail: newsletter-bruessel@igmetall.de



[Newsletter bestellen](#) [Newsletter abbestellen](#)

IG Metall Vorstand